

Frau
Annalena Baerbock
Bundesministerin des Auswärtigen
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

15.12.2021

Sehr geehrte Frau Ministerin,

zu Ihrem für unser Land und uns alle so wichtigen neuen Amt wünschen wir Ihnen Umsicht, Kraft, Erfolg und eine glückliche Hand.

Wir, der „**Deutsche Koordinationskreis Palästina Israel - für ein Ende der Besetzung und einen gerechten Frieden**“ sind ein bundesweites und international vernetztes Bündnis aus 34 bundesweit und regional arbeitenden Friedens-, Menschenrechts- und Solidaritätsgruppen.¹

Die neue Bundesregierung hat sich verpflichtet, die Menschenrechte „als unverzichtbaren Teil einer erfolgreichen und glaubwürdigen Außenpolitik“ zu schützen. Das findet unsere volle Unterstützung und wir sind der Auffassung, dass dieser Maßstab auch auf Israel und Palästina angewandt werden muss. Während jüdische Israelis weitgehend alle Menschenrechte genießen können, werden diese den Palästinenser*innen größtenteils vorenthalten, denn aufgrund der seit 1967 andauernden israelischen Besetzung der Westbank, Ost-Jeruselems, des Gazastreifens und des Golan kommt es zu permanenten Menschenrechtsverletzungen, wie sie von B'tselem, Amnesty International und Human Rights Watch seit Jahren dokumentiert werden. Gerade erst haben sich 370 europäische Parlamentarier*innen gegen Zwangsvertreibung, Enteignung und Siedlungsausbau ausgesprochen und von den Außenminister*innen konkrete Schritte gefordert.² Amnesty sagt: *Wir fordern die neue Bundesregierung dazu auf, Menschenrechtsverletzungen aller beteiligten Parteien in aller Deutlichkeit zu benennen.*³ Wir fügen hinzu: auch die Verletzungen des internationalen Völkerrechts.

Aus den gleichen Gründen sollte die neue Bundesregierung den Internationalen Strafgerichtshof unterstützen, der Menschenrechtsverletzungen in Palästina und Israel untersucht.

Sie wissen sicherlich, dass Israel die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates bezüglich der Rechte der Palästinenser*innen und des Ausbaus der Siedlungen nicht anerkennt.

¹ <https://www.kopi-online.de>

² <https://www.caabu.org/news/news/370-european-parliaments-call-end-forced-dispossession-palestinians-referencing>

³ <https://www.amnesty.de/sites/default/files/2021-12/Amnesty-Analyse-Koalitionsvertrag-Ampelkoalition-Deutschland-Dezember-2021.pdf>

Bis heute haben 140 Staaten Palästina als Staat anerkannt. Leider nicht Deutschland, obwohl gerade die Anerkennung als Staat Palästina auch in die Pflicht nehmen würde, sich nach den Regeln der Demokratie und des friedlichen Miteinanders zu verhalten. Sorgen Sie für eine Anerkennung des Staates Palästina durch die Bundesrepublik Deutschland, wie bereits 32 ehemalige deutsche Diplomaten 2011 forderten⁴. **Das wäre ein echter und überzeugender Aufbruch in eine neue deutsche Außenpolitik.**

Wir Deutschen haben eine besondere Verantwortung für Israel. Das steht ganz außer Frage. Zugleich müssen wir als Freunde an Israel dieselben Anforderungen stellen wie an alle Staaten dieser Welt.

Dass vor kurzem Israel ausgerechnet sechs der bekanntesten und bestbelemundeten palästinensischen Menschenrechtsorganisationen als terroristisch verboten hat, erfüllt uns mit großer Sorge. Denn Verfehlungen können ihnen wahrlich nicht nachgewiesen werden, wie Josep Borrel schon bemerkt hat.⁵ Das Verbot muss zurückgenommen werden.

Wir stimmen mit Ihnen und dem Text des Koalitionsvertrags überein, wonach die fortgesetzten Siedlungsbauten Verletzungen des Völkerrechts sind. Leider wird allerdings der Verursacher des Siedlungsbaus nicht benannt. Kritik muss sich aber auch in konkreten Maßnahmen niederschlagen, z.B. in der Aufkündigung des Assoziierungsabkommens mit der EU gemäß Art.2 dieses Vertrages, wenn sie nicht, wie bisher, eine hohle Phrase bleiben will.

Wir sind Ihrer Meinung, dass die ständige Ausweitung und der Bau von israelischen Siedlungen auf palästinensischem Boden das Haupthindernis für die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates sind und damit den Weg für den lang ersehnten Frieden zwischen Palästina und Israel versperren. Bis jetzt lehnt die israelische Regierung die Errichtung eines souveränen palästinensischen Staates ab.

Wir bitten Sie: Treffen Sie vor Ort in Israel und Palästina auch die Zivilgesellschaften und Vertreter ihrer Menschenrechts-Organisationen. Lassen Sie sich über die Narrative beider Völker informieren.

Erleichtert sind wir, dass Sie mit dem Koalitionsvertrag der weiteren Unterstützung der UNWRA zustimmen.

Unsere Mitgliedsgruppen werden wie bisher den Kontakt zum Auswärtigen Amt suchen um sich im Gespräch über mögliche Schritte zum friedlichen Miteinander der beiden Völker einzubringen.

Im Sinne des Mottos des Koalitionsvertrags - wagen Sie mehr Fortschritt für den Frieden in Gerechtigkeit für Israel und Palästina!

Mit unseren besten Grüßen

Der KoPI-Sprecherkreis: Gisela Siebourg, Marius Stark, George Rashmavi, Claus Walischewski
Mail: kontakt@kopi-online.de

⁴ <https://magazin.zenith.me/de/archiv/un-abstimmung-%C3%BCber-pal%C3%A4stina>

⁵ <https://www.haaretz.com/israel-news/.premium-eu-israel-didn-t-provide-evidence-on-palestinian-ngos-labeled-terror-groups-1.10395713>